



Gemeinderatssitzung vom 02. Mai 2023

Zusammenfassung der wichtigsten Tagesordnungspunkte. Die vollständige Niederschrift liegt im Rathaus auf und kann bei Interesse eingesehen werden.

Pkt. 2 **Bericht der Bürgermeisterin über die umgesetzten Maßnahmen seit der letzten Gemeinderatssitzung und über die Vorhaben der nächsten Zeit**

Bürgermeisterin Claudia Schlager berichtet kurz über umgesetzte Maßnahmen und Vorhaben in den nächsten Tagen:

Streuobstwiese

Auf der neuen Streuobstwiese im Bereich des Mattersburger Kogels wurden im heurigen Frühjahr bereits 10 Bäume gesetzt. Die restlichen ca. 40 Bäume werden im Herbst 2023 gepflanzt.

Es werden heimische und alte Sorten von Obstbäumen (wie Marille, Kirschen, Birnen, Äpfel) gepflanzt. In weiterer Folge ist vorgesehen, dass für Kindergarten- und Schulkinder Workshops abgehalten, Picknicks veranstaltet werden etc. Außerdem sollen die verschiedenen Bäume beschildert werden, damit jeder weiß, um welche Art und Sorte Baum es sich dabei handelt.

Gewerbegebiet Walbersdorf Am Anger – Erweiterung

Bei der vor kurzem begonnenen Aufschließung des Gewerbegebietes Walbersdorf Am Anger II gibt es bereits mehrere Interessenten, die erste große Fläche wurde für die Errichtung eines neuen Verteilerzentrums der Post AG reserviert, hier laufen nun die entsprechenden Ausschreibungen.

Kindergärten Mattersburg – Überprüfung der Schließanlagen

In der letzten Woche hat die Bauabteilung in allen Kindergärten die Schließanlagen bei den Haupteingängen überprüft. Über Anregungen von Eltern wurde befürchtet, dass die Öffnungsanlagen auch für Kinder erreichbar sein sollen. Obwohl beim Ist-Stand alle Sicherheitsbestimmungen der Landesregierung eingehalten wurden, werden durch geringfügige Adaptierungen die Sicherheitseinrichtungen in diesem Bereich erhöht.

Pkt. 3 Fragestunde (längstens bis 20.30 Uhr). –

a) **Stadträtin Margit Adam** erkundigt nach der Möglichkeit der Kennzeichnung der freien Parkplätze in der Tiefgarage der Villa Martini?

Bürgermeisterin Claudia Schlager bejaht diese Frage, hält jedoch ergänzend fest, dass die Anzahl der noch nicht an Dauerparker vermieteten Parkplätze überschaubar sei und die Garage demnächst sowieso geschlossen werden wird.

b) **Stadtrat Thomas Haffer** fragt an, ob eventuell ein Veranstaltungskalender als Online-Tool für alle Veranstalter eingerichtet werden könnte?

Bürgermeisterin Claudia Schlager hält dazu fest, dass mit der Installation der neuen Homepage von Homepagegestalter auch diese Möglichkeit angeboten worden ist und umgesetzt werden soll.

Pkt. 5 Alltagsradverkehr Radrouten – Mattersburg Arena bis Pöttelsdorf

Gemeinderat Mgr. Martin Pötttschacher führt aus, dass für den bereits errichteten Lückenschluss des Radweges von Pöttelsdorf bis zur Arena-Kreuzung die beiliegende Vereinbarung mit dem Land betreffend der Finanzierung, der Projektabwicklung, der Grundbeistellung und der Erhaltung abgeschlossen werden soll.

Nach zustimmenden Äußerungen der Vertreter der anderen Fraktionen fasst der Gemeinderat über den Antrag des Gemeinderates Mgr. Pötttschacher einstimmig – alle 23 anwesenden Gemeinderäte nehmen an der Abstimmung teil – folgenden

Beschluss:

Die Vereinbarung zwischen dem Land Burgenland und der Stadtgemeinde Mattersburg betreffend der Errichtung eines Alltagsradweges entlang der B 50 in der KG Walbersdorf Richtung Pöttelsdorf wird im Wortlaut der vorliegenden Vereinbarung, von der eine Ausfertigung diesem Beschluss anzuschließen ist, genehmigt.

Pkt. 7 Bahnstraße, ehemaliges Berufsschulgebäude – Vermietung an BFI Burgenland – Pachtvertrag, Verlängerung

Bürgermeisterin Claudia Schlager berichtet, dass der in der Gemeinderatssitzung vom 15. September 2022 einstimmig beschlossenen Pachtvertrag, befristet bis zum 30.06.2023, verlängert werden soll. Grund für die Verlängerung ist die Verzögerung bei der Generalsanierung des ehemaligen Florianihofes in der Wiener Straße 1, dem neuen BFI-Schulungszentrum.

Die Verlängerung soll befristet bis drei Monate nach baurechtlicher Schlussüberprüfung des Objektes Wiener Straße 1 laufen, damit das BFI auch Zeit für die Übersiedelung gewinnt. Die weiteren Bestimmungen des Pachtvertrages bleiben unverändert.

Nach zustimmender Äußerung von Stadträtin Margit Adam fasst nunmehr der Gemeinderat über den Antrag von Bürgermeisterin Schlager einstimmig – alle 23 anwesenden Gemeinderäte nehmen an der Abstimmung teil – folgenden

Beschluss:

Der zwischen der Stadtgemeinde Mattersburg als Vermieterin und dem Berufsförderungsinstitut (BFI) Burgenland, Oberwart, Grazerstraße 86 als Mieterin am 01.07.2022 abgeschlossene, bis 30.06.2023 befristete Mietvertrag wird befristet verlängert bis höchstens drei Monate nach baurechtlicher Schlussüberprüfung des neuen BFI-Schulungszentrums in der Wiener Straße 1. Die weiteren Bestimmungen des Pachtvertrages bleiben unverändert.

Pkt. 8 **Neubau des Schülerheimes der Berufsschule Mattersburg – Vereinbarung mit der Oberwarter gemeinnützigen Siedlungsgenossenschaft – Grundsatzbeschlussfassung**

Auch hier schildert Bürgermeisterin Claudia Schlager den Sachverhalt und erläutert, dass der Neubau des Schülerheimes der Berufsschule Mattersburg höchst notwendig sei.

Die Sanierung des bestehenden Objektes in der Bahnstraße wäre aufwendig und nicht vernünftig umsetzbar. Durch die gesamte Übersiedelung der Berufsschule in die Schubertstraße ist der neue Standort, auch in Zusammenhang mit der zukünftigen Verpflegung der Heimschüler organisatorisch leichter umzusetzen wie am alten Standort. Die Vorgespräche mit dem Liegenschaftseigentümer waren erfolgreich, der Baufortschritt ist schon sehr weit, der Rohbau zwischenzeitlich fertiggestellt, somit kann ab Spätherbst 2023 mit dem Bezug des neuen Schülerheimes gerechnet werden.

Die Finanzierung erfolgt mit den Heimbeiträgen der Schüler, eventuelle Restbeträge hat die Stadt als Schulerhalter zu übernehmen.

Die Anfrage des Ersatzgemeinderates Patrick Kerschbaum zur genauen Beschreibung des Vertragsgegenstandes, z. B. durch eine Baubeschreibung, wird von Bürgermeisterin Schlager mit dem Hinweis auf den bereits genehmigten Bauplan und die Baubeschreibung im Bauakt verwiesen. Sie führt einige dieser Details an und erläutert auch die zukünftige Zusammenarbeit mit dem im Nachbargebäude geplanten Gastronomiebetrieb.

Nachdem keine weiteren Fragen gestellt werden, lässt die Bürgermeisterin abstimmen. Der Gemeinderat fasst über den Antrag von Bürgermeisterin Schlager daraufhin einstimmig – alle 23 anwesenden Gemeinderäte nehmen an der Abstimmung teil – folgenden

Beschluss:

Ergänzend zum Gemeinderatsbeschluss vom 15. September 2022, mit dem grundsätzlich der Neubau des Schülerheimes der Berufsschule Mattersburg auf dem Grundstück Wiener Straße 3 beschlossen worden ist, wird mit der Oberwarter gemeinnützigen Bau-, Wohn- und Siedlungsgenossenschaft reg. Gen. m.b.H, 7400 Oberwart, die vorliegende Vereinbarung über die Errichtung und Vermietung eines Schülerheimes für die Berufsschule Mattersburg, von der eine Ausfertigung diesem Beschluss beizulegen ist, abgeschlossen.

Pkt. 9 Burgenländischer Müllverband, Oberpullendorf – Vertrag zur Mitbenützung einer regionalen Abfall- und Problemstoffsammelstelle

Gemeinderätin Sophia Wilfing berichtet, dass bereits in der Gemeinderatssitzung am 24.06.2021 für diese regionale Abfallsammelstelle der Grundstücksverkauf an den Bgld. Müllverband beschlossen wurde. Seither wurden die Planungen für die Erschließung abgeschlossen und der Müllverband hat mit den umliegenden Gemeinden über die Teilnahme verhandelt. Es ist beabsichtigt, dass in der ersten Phase die Gemeinden Wiesen, Forchtenstein und Marz teilnehmen, mit weiteren Nachbargemeinden soll noch gesprochen werden. Für die Teilnahme ist von jeder Gemeinde ein Vertrag für diese Mitbenützung mit dem BMV abzuschließen. Sie erläutert auch kurz den Inhalt dieser Vereinbarung.

Stadtrat Thomas Haffer erkundigt sich eingangs nach den Gemeinderatsbeschlüssen der anderen Gemeinden und dem geplanten Konzept des Müllverbandes. Amtsleiter Karl Aufner erläutert das Konzept des BMV zum Betrieb dieser regionalen Abfallsammelzentren.

Stadtrat Haffer hält fest, dass er den konkreten Nutzen für die Stadtgemeinde Mattersburg nicht erkennt, als Beispiel führt er aus, dass derzeit das Verursacherprinzip gelte – der Überbringer von Müll zahlt für seinen Müll – und neu nun im Rahmen einer Haushaltsabgabe jeder automatisch an der Finanzierung sich beteilige. Es entstehe auch ein Mülltourismus, weil wahrscheinlich nicht kontrolliert werde, ob nicht auch andere ihren Müll in Mattersburg entsorgen werden.

Gemeindeamtsleiter Karl Aufner, Gemeinderat Werner Lehner, Stadtrat Haffer, Bürgermeisterin Claudia Schlager und Gemeinderat Peter Wagentristl diskutieren in der Folge über die Abfallbehandlungsabgabe, über den möglichen zukünftigen Nutzen und die solidarische Verrechnung der Müllgebühren im Burgenland. Auch der derzeitige Mülltourismus, dadurch die Verkehrsbelastung durch die Innenstadt, die illegale Müllentsorgung und die Höhe der Haushaltsabgabe werden in weiteren Wortmeldungen behandelt.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen folgen, fasst der Gemeinderat über den Antrag von Bürgermeisterin Claudia Schlager mehrheitlich – alle 23 anwesenden Gemeinderäte nehmen an der Abstimmung teil, dafür stimmen 17 Gemeinderäte, und zwar Bürgermeisterin Claudia Schlager, Vizebürgermeister Ing. Otmar Illedits, die Stadträte Ing. Thomas Tschach und Martin Aufner, weiters die Gemeinderäte Sophia Wilfing, Martin Pöttschacher, Christian Ulrich, Peter Pregl, Markus Pinter, Martin Strobl, Ing. Thomas Szlavich, Mag. Martina Mayer-Hofmann, Werner Lehner, Ing. Andreas Korzil, Richard Haiden, die Ersatzgemeinderäte Thomas Lang und Klaus Jelinek, dagegen stimmen 6 Gemeinderäte, und zwar die Stadträte Thomas Haffer und

Margit Adam, weiters die Gemeinderäte Andreas Feiler, Martin Haas, Peter Wagentristl und Ersatzgemeinderat Patrick Kerschbaum – folgenden

Beschluss:

Der Vertrag zwischen dem Burgenländischen Müllverband und dem Umweltdienst Burgenland, beide 7350 Oberpullendorf, und der Stadtgemeinde Mattersburg betreffend die Mitbenützung einer regionalen Abfall- und Problemstoffsammelstelle am Standort Mattersburg, Gst. Nr. 2138/1 wird im Wortlaut des vorliegenden Vertrages, von dem eine Ausfertigung diesem Beschluss anzuschließen ist, genehmigt.

Pkt. 11 Blackoutvorsorge

Dieser Tagesordnungspunkt ist von allen Gemeinderäten der ÖVP-Fraktion gemäß § 38 Abs. 4 der Bgld. GemO 2003 beantragt worden.

Stadtrat Thomas Haffer berichtet von den Hintergründen zur Beantragung der Aufnahme auf die Tagesordnung dieses Themas und hält fest, dass er als zuständiges Stadtratsmitglied sich viele Unterlagen angeschaut habe, z. B. den Ratgeber des ÖZIV, einen Folder der Stadt St. Pölten, dieser wird auch vom Zivilschutzverband exemplarisch verwendet. Er stellt fest, dass dieses Thema immer mehr an Bedeutung zunimmt, es wird auch in den Schulen intensiv diskutiert. Es ist wichtig, dass im Vorhinein ein Plan festgelegt wird. Wenn ein Stromausfall auftritt und eine Kommunikation nicht mehr stattfinden kann, wird es schwierig sein einen Plan erst zu erstellen.

Im Folder der Stadt St. Pölten steht einerseits was Jeder von sich aus tun sollte und zum anderen die Aufgaben der Gemeinde im Fall eines Blackouts. Anhand dieses Beispiels sollte die Stadtgemeinde Mattersburg überlegen wie der Plan aussieht, wenn es bei uns soweit sein sollte.

Bürgermeisterin Claudia Schlager stellt fest, dass ein Plan für den Blackout-Fall auf jeden Fall notwendig ist, stellt aber fest, dass nicht jeder Stromausfall gleich auch Blackout bedeutet und führt als Beispiel einen kurzen Stromausfall in den heurigen Osterferien an. Wichtig dabei ist, dass sich die Feuerwehr, Rettung, die Gemeinde und der Zivilschutzverband untereinander austauschen. Die Schulen hatten diesbezüglich schon eine Besprechung und haben demnächst auch eine eigene Schulung.

Gemeinderat Martin Pöttschacher berichtet über den Plan, der für die Schulen erstellt und angedacht ist. Die Kinder sollen den Schultag so normal wie möglich beenden.

Gemeinderat Peter Pregl fragt, ob man eine Checkliste für den Blackout-Fall in den Stadtnachrichten abdrucken kann.

Gemeinderat Werner Lehner spricht das Thema einer PV-Anlage mit Speicher für die Schulen an.

Bürgermeisterin Schlager fasst zusammen und hält fest, dass sich der Stadtrat, die Blaulichtorganisationen und Herr Wagner zu einer Besprechung betreffend Blackout treffen

werden. Es wird dann gemeinsam ein Konzept erstellt und vorgestellt. Sie werde jedenfalls weiter berichten.